

Industrie und Sozialpolitik.

Von Nationalrat E. Sulzer-Schmid,
Winterthur.

VI.

Neue Ziele.

Neben den wichtigen Fragen der Sozialpolitik werden wir aber auch die Fragen unserer nationalen Wirtschaftspolitik mit erhöhtem Interesse weiter verfolgen müssen. Gerade heute stehen wir ja vor sehr unstablen, zum Teil sehr schwierigen Verhältnissen. Angesichts der zunehmenden Krise, der um sich greifenden Arbeitslosigkeit, ist die Anspannung aller Kräfte und hierzu die Schaffung neuer Arbeitsgelegenheiten die größte Forderung des Tages. Wer hier die Wege weist, wer neue wertschöpfende Arbeitsmöglichkeiten aufzeigt, der wirkt aufbauend am wirtschaftlichen und damit zugleich am sozialen Gedeihen des Staates. Manches ist hier schon geleistet worden durch staatliche und private Initiative; aber es muß noch viel mehr geschehen, und zwar in der allernächsten Zukunft.

Hier stehen im Vordergrund die bessere Erschließung von Forstgebieten, die bisher nicht richtig bewirtschaftet wurden, der Ausbau unserer Wasserkrafts, unserer ganzen Elektrifizierung, dann vor allem die Urbarmachung unserer Sumpfgenden, die Reklamationen. Auf diesem Gebiete müssen wir noch rascher und mit noch größeren Mitteln vorgehen, als es bis jetzt der Fall gewesen ist. Und da, wo die Kantone zögern oder nicht über ausreichende Mittel verfügen, sollte der Bund in großzügiger Weise mitwirken, damit rasch Arbeiten anhand genommen werden können, die Tausende von Händen zu beschäftigen imstande sind.

Neben der Anlage eines Fonds für Arbeitslosenfürsorge wird der Bund weitgehend und im besten Sinne wirtschaftlich und sozial handeln, wenn er große Beträge für die rasche Durchführung solcher Arbeiten verwendet. Ich denke dabei auch an den Ausbau unserer Wasserstraßen, dessen Studium uns ja schon seit Jahren beschäftigt hat. Wäre es nicht möglich, da ebenfalls den ersten Spatenstich zu tun und eine Anzahl dieser Arbeiten in größerem Maßstab rasch an die Hand zu nehmen?

Und hier in diesem Zusammenhang möchte ich an die Führer unserer Arbeiterschaft den dringenden Appell richten, auch ihrerseits diesen Fragen Verständnis entgegenzubringen und darauf hinzuwirken, daß das Mißtrauen einmal schwindet, das solchen Bestrebungen vielfach entgegengebracht wird. Als in der Ostschweiz der Gedanke der industriellen Landwirtschaft Fuß faßte, als zahlreiche Arbeitgeber dafür bedeutende Opfer brachten, einerseits im Bestreben, der Arbeitslosigkeit zu steuern, andererseits im Bestreben, die Produktion des Landes zu fördern, da wurde diese Bestrebungen von vielen Seiten als eine „neue Kette der modernen Sklaverei“ bezeichnet. Auf der einen Seite ergoht an die Industrie der Ruf nach Schaffung neuer Arbeitsgelegenheiten, und auf der andern Seite weigert man sich, diese Gelegenheiten zu ergreifen und damit an einer Aufgabe mitzuwirken, die im besten Sinne des Wortes eine nationalwirtschaftliche ist. Dieser Widerstand muß überwunden werden. Jede Arbeit adelt, und ein Wechsel in der sonst gewohnten Tätigkeit, eine Beschäftigung in freier Luft, bietet manchen Vorteil, der von denen auch anerkannt wird, die hier willig und ohne Voreingenommenheit mit tun. Wenn eine Arbeitspflicht gefordert wird, dann soll sie auch auf diesem Gebiete gelten.

Es gibt noch eine ganze Reihe weiterer wichtiger Probleme, in denen wir mehr zusammenwirken müssen. Ich denke da an die Förderung des Sparsinnes besonders bei unserer Jugend. Vor den eidgen. Räten liegt seit fünf Jahren eine Botschaft des Bundesrates über die Errichtung der Postsparkasse, eine Botschaft, in der darauf hingewiesen wird, wie diese Einrichtung sich in zahlreichen Staaten bewährt habe, wie dadurch die Sportätigkeit einen außerordentlichen Aufschwung genommen habe, wie es Aufgabe des Staates sei, das Volk zur Sparsamkeit zu erziehen, besonders um für die Tage des Alters zu sorgen. Die Botschaft bezeichnet das Institut der Postsparkasse als eine segensreiche Einrichtung für alle Zeiten. Sollten wir also nicht auf diesem Gebiete einen Schritt für die Zukunft tun, wenn auch der heutige Moment vielleicht manchem wenig geeignet erscheinen mag, vom Sparen zu reden?

Ich denke ferner an die Ausbildung der Frau als Wirtschaftlerin im Haushalte. Wie viele junge Töchter schreiten zur Ehe ohne rechtens Verständnis, ohne irgend eine Ausbildung für ihre künftige Aufgabe im Haushalt, und wie viel hängt für das Glück und Wohlergehen der einzelnen Familie und insolgedessen auch der Gesamtheit gerade davon ab! Hier handelt es sich nicht um eine Sache, die durch eine Revision unserer Bundesverfassung gelöst wird, wohl aber um eine Kleinarbeit, die von allergrößter Wichtigkeit für das ganze Land ist, von einer Bedeutung, die vielleicht nicht zurücktritt gegenüber der Frage der Wahlberechtigung der Frauen.

Und so gibt es noch eine Reihe anderer wichtiger und tiefgreifender Probleme.

Ich bin am Schluß. Ernsthafte Sozialpolitik besteht, wie alle Politik, in der Kunst des Möglichen und nicht im Fordern des Unmöglichen. Die sozialen Forderungen müssen am Maßstabe der wirtschaftlichen Möglichkeiten gemessen werden.

Und jede Reform muß auf richtiger Grundlage, auf innerer Wahrheit beruhen, wenn sie von Dauer sein soll. Sie muß auch beruhen auf dem Geiste der Ordnung und der Pflicht.

In diesem Sinne müssen wir diese Probleme zu lösen suchen und die Bahn frei machen, auf der sich alle zusammenfinden sollten, die guten Willens sind.